

US-ENTWICKLUNGSHILFE

## Aufgeklärtes Eigeninteresse

PREMIUM

von Julian Heißler

27. April 2019



Die entwicklungspolitischen Maßnahmen werden in den USA durch die United States Agency for International Development (USAID) koordiniert. Mit 30,5 Mrd. US-Dollar (2017) sind die Vereinigten Staaten weltweit die größten Geber von Entwicklungshilfe.

Bild: imago images

**Im Wettlauf um Rohstoffzugänge wollen sich die USA nicht auf einen finanziellen Wettlauf mit China einlassen. Sie hoffen, den Einfluss Pekings auf andere Weise einzudämmen.**



Karl Fickenscher hat nicht viel Zeit mitgebracht, als er sich im Eckbüro der amerikanischen Entwicklungsbehörde USAID auf einen Stuhl fallen lässt. „Wir haben eine lange Liste mit Aufgaben abzuarbeiten“, sagt er. Eine knappe halbe Stunde, dann muss er in den nächsten Termin. Schließlich gibt es derzeit viel zu besprechen, zu planen und anzuschieben.

Tatsächlich tickt die Uhr. Fickenscher ist einer der führenden Köpfe hinter der Neuaufstellung der amerikanischen Entwicklungspolitik. Bei USAID leitet er das Büro für wirtschaftliches Wachstum, Bildung und Umwelt. Auch die Förderung privaten Kapitaleinsatzes in Entwicklungsländern gehört zu seinen Aufgaben. Damit fallen in Fickenschers Aufgabenbereich die Instrumente, mit denen die Amerikaner den Chinesen im Rennen um Rohstoffe das Feld streitig machen wollen.

Denn seit Beijing in strategisch wichtigen Regionen in Zentral- und Südasien sowie Afrika astronomische Milliardensummen in die Hand nimmt, um China und seinen Unternehmen Zugänge zu wichtigen Ressourcen zu sichern, ist auch in den Vereinigten Staaten wieder die Bereitschaft gewachsen, sich in diesen Ländern zu engagieren. Zwar schaut die US-Regierung unter Präsident Donald Trump derzeit vor allem nach innen, im Rennen um Rohstoffe will Washington trotzdem nicht hintenanstehen. Zu groß scheint die Gefahr, dass amerikanische Unternehmen künftig von den Launen der chinesischen Führung abhängig sein könnten, wenn es um die Aufrechterhaltung ihrer Lieferketten mit Rohstoffen für Zukunftstechnologien geht.

Deshalb wird die US-Entwicklungspolitik derzeit einmal genrealüberholt. Im vergangenen Jahr verabschiedete der Kongress mit überparteilichen Mehrheiten in beiden Kammern den BUILD-Act. Das Gesetz soll es der amerikanischen Regierung erleichtern, in Projekte in Entwicklungsländern zu investieren, privaten Kapitaleinsatz mobilisieren und so stabile Märkte für US-Unternehmen schaffen.

Kern der Strategie ist die neugegründete U.S. International Development Finance Corporation (USIDFC). Sie soll 60 Milliarden Dollar an frischen Haushaltsmitteln in vielversprechende Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländer investieren, private Geschäfte absichern und Anteile an aussichtsreichen Vorhaben erwerben. Damit ist sie deutlich vielseitiger als die bisherige Investitionsbehörde, die in ein äußerst starres Korsett aus Anforderungen und Regeln gepresst war. Ein Nachteil, den sich Washington nun nicht mehr leisten kann.

Ziel von USIDFC ist es, in strategisch wichtigen Ländern als Geburtshelfer für möglichst stabile Marktwirtschaften zu fungieren. Dann, so viel aufgeklärtes Eigeninteresse gehört dazu, können US-Unternehmen dort ohne übergroßes Risiko ihre Geschäfte machen und verlässliche Lieferketten aufbauen. „Wir wollen aus Hilfeempfängern Partner machen“, sagt Fickenscher. „Unser Ziel ist es, uns überflüssig zu machen.“

Die Amerikaner setzen darauf, den Empfängerländern ein attraktiveres Gesamtangebot zu machen als die Chinesen. Das müssen sie auch, denn mit den riesigen Geldbeträgen, die von der chinesischen Regierung mobilisiert werden, kann Washington schon aus politischen Erwägungen nicht mithalten. Trotzdem ist man bei USAID optimistisch. Schließlich laden die Amerikaner den Empfängerländern keine riesigen Schuldenberge auf und fordern auch keine konkreten Gegenleistungen, wie etwa exklusive Zugänge zu gewissen Rohstoffen. „Unsere Instrumente sind für die Empfänger nachhaltiger“, sagt Fickenscher. „Ich erwarte, dass sie sehr gut angenommen werden.“

Amerikanische Wirtschaftsvertreter sind froh, dass die Politik die Brisanz des Themas mittlerweile erkannt hat. Auch die mächtige Chamber of Commerce, die mit Abstand finanzstärkste Lobbyorganisation der [USA](#), unterstützt den BUILD-Act nach Kräften. Schließlich kontrolliert China bereits heute den Zugang zu einigen wichtigen Rohstoffen wie Seltenen Erden. Ein Zustand, der sich nach Ansicht vieler Unternehmer nicht wiederholen soll.

„Im Bereich der Seltenen Erden wird sich die Situation nie wieder ändern“, sagt Michael Silver. Der 71-jährige ist Gründer und CEO von American Elements, einem Unternehmen, das Rohstoffe und Chemikalien für Hochtechnologieanwendungen produziert und vertreibt.

Die Industrieländer hätten es schlicht verschlafen, den Ländern, in denen wichtige Rohstoffe vorkommen, ein attraktives Angebot zu machen, glaubt der Unternehmer. „Die Elemente, die für Zukunftstechnologien gebraucht werden, sind schlicht nicht gleichmäßig auf der Welt verteilt“, sagt Silver. „Eisen konnte man noch fast überall produzieren, aber das ist vorbei.“

Diese Realität hätten viele immer noch nicht verstanden. Auch heute wundert er sich, dass auch westliche Unternehmen in diesem Bereich nicht größere Risiken eingehen. „Wenn es so weitergeht, wird China bald nicht nur die Seltenen Erden kontrollieren“, mutmaßt Silver.

Trotzdem: Den Ansatz der US-Regierung hält er prinzipiell für richtig. Der Aufbau stabiler Strukturen sei für einen Unternehmer wie ihn das wichtigste. Sollte dies jedoch anderen Akteuren besser gelingen, dann sieht Silver darin zunächst keinen Nachteil. „Ich bin bereit mit jedem Homo Sapiens auf dem Planeten Geschäfte zu machen, solange mein Gegenüber ehrlich ist“, sagt er. „Und die Chinesen gehören zu den verlässlichsten Geschäftspartnern mit denen ich jemals zusammengearbeitet habe.“



**Julian Heißler**

Korrespondent (Washington)